

„Würde statt Waffen“ – Welch ein Traum!?

Aufstehen“ heißt die Initiative der LINKEN-Politikerin Sahra Wagenknecht, die kürzlich unter dem Motto „Würde statt Waffen“ Demonstrationen gegen Rüstung organisiert hat. Die meisten Menschen auf der Welt wollen in Frieden leben. Niemand wird gerne durch Waffen bedroht. Doch ist Frieden wirklich ohne Waffen möglich? Es mag paradox klingen, aber aus historischer Erfahrung lautet die Antwort klar Nein. Entscheidungen, wie seinerzeit der Einsatz im Kosovo, fußten auf einer breiten politischen und kontroversen Debatte, welche die grundsätzliche Frage nach einem gerechten Krieg (lat. *bellum iustum*) stellte. Diese hat bis heute nicht an Aktualität verloren: Gibt es einen gerechten Krieg? Eine Antwort kann nicht losgelöst von den Betrachtungen, ob Frieden durch Waffen hergestellt werden kann und wann ein militärischer Einsatz im Sinne von humanitärer Hilfe gerecht ist, beurteilt werden. Wenn es darum geht, dass andere Menschen Opfer von ungerechter Gewalt werden, ist der pazifistische Verzicht auf Gewalt ungeeignet. Die Ablehnung von Waffen generell, darf nicht dazu führen, wegzuschauen und die Leidenden ihrem Schicksal zu überlassen. Besonders wir Deutschen sollten im Hinblick auf unsere eigene Vergangenheit zu dem Ergebnis kommen, dass ein Krieg gerecht sein – und unter Umständen – auch befrieden kann. Die Waffen und die Würde des Menschen gegenüberzustellen und somit per se gegeneinander auszuschließen, ist wenig zielführend.

Vielmehr gibt der Spruch „Würde statt Waffen“ einem Traum Ausdruck, der aber die Realität verleugnet. In unserem Grundgesetz heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Diesem Gebot zu folgen, gebietet auch die Fähigkeit des Staates, die Sicherheit seiner Bürger mit dafür geeigneten Mitteln garantieren zu können. Solange es rund um uns herum Bedrohungen gibt, geht dies nur mit adäquater Ausrüstung, zum Schutz der Bundeswehr und zum Schutz von uns allen!

„Si vis pacem, para bellum“ - „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor“, wusste schon Cicero und daran hat sich bis heute nichts geändert. „Ausgaben für Bildung, für Pflege und Gesundheit, für bezahlbare Wohnungen oder bessere Infrastruktur“ sind wichtig. Ausgaben zum Schutz unserer Souveränität, national wie auch im internationalen Rahmen, um in Frieden und Freiheit leben zu dürfen, gehören ebenso dazu. Sie gegeneinander aufzurechnen ist unredlich, denn sie gehören unweigerlich zusammen. Wer wirklich frei in seiner Entscheidung leben möchte, muss auch befähigt sein auf potenzielle Gefahren von außen reagieren zu können. Diesen Weg hat Deutschland mit dem Grundgesetz eingeschlagen.

Die hoheitliche Aufgabe unserer Bundeswehr besteht – wie der Name es schon sagt – darin, sich im Fall eines Angriffs wehren zu können. Verteidigung kann aber nicht erst dann beginnen, wenn man angegriffen wird. Sie muss früher ansetzen, nämlich bei wirksamer Abschreckung. Hierzu braucht es mindestens ein Gleichgewicht der Kräfte. Haben andere Waffen, so braucht auch der, der nur abschrecken will, eine gleichwertige Ausrüstung. Die Unternehmen, die in Deutschland Rüstungsgüter entwickeln und produzieren, tun dies nicht um der Waffen willen. Sie produzieren Sicherheit, indem sie Verteidigung erst möglich machen. Auch halten ihre Produkte andere davon ab, überhaupt erst in einen angriffslustigen Modus zu verfallen. Sie machen – wenn alles gut geht – den Einsatz der Waffen überflüssig, weil sie Aggression schon an der Wurzel verhindern.

Ohne Waffen zur Verteidigung könnten wir also gerade nicht in Würde leben, sondern müssten uns entweder möglichen Aggressoren beugen oder aber gegen sie als Unterlegene in einen aussichtslosen Kampf ziehen. Auch dies wäre für die Menschen, die einen solchen Kampf führen müssten, würdelos, weil ihren Wert als Menschen verachtend.

Das Erfordernis einer Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ergibt sich also unmittelbar und zwingend aus der Aufstellung von Sicherheits- und Streitkräften. Entsprechende Kräfte müssen mit materiellen Fähigkeiten ausgestattet werden. Jede politische Diskussion über Sinn und Zweck einer Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist somit eine Diskussion über die Politik, der Sicherheits- und Streitkräfte zu dienen haben. So legitim und moralisch vertretbar wie die Gewährleistung von Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit ist auch die Schaffung der materiellen Voraussetzungen zu deren Durchführung. Dies ist die moralische Verpflichtung unserer Volksvertreter und damit nicht zuletzt der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Mit Ausrüstung jedoch hat das nichts zu tun.

Da bleibt dann noch der vielfach abgelehnte Export von Rüstungsgütern. Für viele – auch europäische – Länder ist dies ein unverzichtbares Instrument ihrer Außen-, Sicherheits- und Bündnispolitik. In Deutschland entscheidet über Rüstungsexport alleine die Bundesregierung, und zwar nach denkbar strengen Gesetzen. Auch hier gilt: Wenn wir mit unseren europäischen Nachbarn vereinte Rüstungskoperationen anstreben, müssen wir uns mit ihnen auf einheitliche, kompatible Standards einigen. Ansonsten werden gemeinsame Projekte unmöglich und andere werden umso freier ihre Waffen in die Welt exportieren können.

Eine differenzierte Betrachtung sollte jedoch von unseren Politikern zu erwarten sein. Die aktuelle Lage der internationalen Beziehungen verlangt – gewünscht oder nicht – nach einem Überdenken unserer sicherheits- und verteidigungspolitischen Strukturen.